

Martin H. W. Möllers / Robert Chr. van Ooyen

Menschenrechte und Sicherheit

3., erweiterte Auflage

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit – Sonderband 14

ISBN 978-3-86676-715-7
Frankfurt a. M. 2021

Verlag für Polizeiwissenschaft

Prof. Dr. Clemens Lorei

Inhalt

Editorial	17
------------------	-----------

Grundlagen

Robert Chr. van Ooyen

Menschenwürde	21
1 Begriff	21
2 Objektformel	22
3 Einzelfälle	23
4 Unabwägbarkeit	24
5 EU-Recht	25
Literatur	25

Martin H. W. Möllers

Das Problem der Abwägung der Menschenwürde	29
1 Einleitung	29
2 Das Zusammenspiel von ‚Rechtsprechung‘ und ‚Literatur‘	31
3 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde in Grundgesetzkommentierungen	32
3.1 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Dürig	32
3.2 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Herdegen	35
3.3 Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei der Unantastbarkeit der Menschenwürde im Zusammenhang mit Misshandlungen zur Aussageerzwingung bei der Polizei	38

Robert Chr. van Ooyen

Menschenrechte	41
1 Begriff	41
2 Geschichte	43
3 Entwicklung der Grundrechte in Deutschland	44
4 Menschen- und Bürgerrechte	45
5 Soziale Menschenrechte	45

Menschenrechte und Sicherheit	7
-------------------------------	---

Inhalt

6	Menschenpflichten?	46
7	Grundrecht auf Sicherheit?	47
8	Universeller, völkerrechtlicher Menschenrechtsschutz	48
9	Aktuelle Entwicklungen	48
9.1	Policemonitoring	49
9.2	Strafrechtlicher Menschenrechtsschutz	49
9.3	Humanitäre Intervention	50
10	Europäischer Menschenrechtsschutz	50
10.1	Menschenrechtsbeschwerde	50
10.2	EU-Grundrechtsschutz / Charta der Grundrechte der EU	51
11	Internationaler und deutscher Schutzstandard	52
12	Menschenrechte und Kultur – Islam und Menschenrechte	53
13	Menschenrechte und Private	54
14	Menschenrechtsbildung und die Rolle der Nichtregierungsorganisationen	55
15	Periodika zum Thema Menschenrechte	56
	Literatur	57

Aktuelle Entwicklungen

Martin H. W. Möllers

	Die Bindung der deutschen Staatsgewalt an die Grundrechte im Ausland	67
1	Einleitung zum Verfassungsgerichtsverfahren	67
2	Grundrechtsbindung aller Staatsgewalt unabhängig vom Hoheitsgebiet	68
3	Grundrechtsbindung auch gegenüber Ausländern im Ausland	71
4	Keine Erweiterung staatlicher Befugnisse im Ausland	71
5	Strategische Überwachungsmaßnahmen sind nur ausnahmsweise zulässig	72
6	Nähere Ausgestaltung rechtsstaatlicher ‚Einhegungen‘ von Maßnahmen der strategischen Überwachung durch das BVerfG	73
7	Zusammenfassung	77

Robert Chr. van Ooyen

**Karlsruhe und die EU-Grundrechtecharta: ein
 ‚europafeindlicher‘ Rückfall hinter Solange II?
 Zu den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
 Recht auf Vergessen I und II** **81**

- | | | |
|---|--|----|
| 1 | Rückblick: ‚Selbstermächtigung‘ des EuGH
im Åkerberg Fransson-Urteil | 82 |
| 2 | Primäre Geltung der deutschen Grundrechte
bei ‚gestaltungsoffenem‘ Unionsrecht | 83 |
| 3 | Das BVerfG als ‚Hüter‘ der europäischen Grundrechte
bei ‚vereinheitlichtem‘ Unionsrecht | 87 |

Martin H. W. Möllers

**Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bei
 Freiheitsbeschränkungen infolge der
 Coronavirus SARS CoV-2 Pandemie** **93**

- | | | |
|-----|--|-----|
| 1 | Einleitung zur Problematik | 93 |
| 1.1 | Coronavirus und EU-Vertrag | 94 |
| 1.2 | Coronavirus und Europäische Menschenrechtskonvention | 95 |
| 2 | Die Neuregelungen im Infektionsschutzgesetz und in
Bundes- und Länderverordnungen | 98 |
| 2.1 | Neuregelungen im Infektionsschutzgesetz | 98 |
| 2.2 | Rechtsverordnungen der Bundes- und Länderregierungen
aufgrund des IfSG | 100 |
| 3 | Kritik durch die Europäische Grundrechteagentur | 103 |
| 4 | Kritik des ehemaligen Präsidenten des BVerfG, Hans-Jürgen
Papier, und des Bundestagsabgeordneten Ralph Brinkhaus zur
Wirksamkeit der Kontrollen der wegen der Corona-Pandemie
eingerrichteten Freiheitsbeschränkungen | 107 |
| 4.1 | Kritik des ehemaligen Präsidenten des BVerfG
Hans-Jürgen Papier | 107 |
| 4.2 | Kritik des Bundestagsabgeordneten Ralph Brinkhaus | 108 |
| 4.3 | Zwischenergebnis zur Kontrolle der Freiheitsbeschränkungen | 108 |
| 5 | Die Kontrollfunktion der Verwaltungsgerichte und des BVerfG
in der Corona-Krise | 109 |

5.1	Entscheidungen des BVerfG zu den ersten Verfassungsbeschwerden im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie	110
5.2	Entscheidungen von Verwaltungsgerichten zu einzelnen Maßnahmen	112
5.3	Kammerbeschlüsse des BVerfG zu einzelnen Maßnahmen	113
5.4	Uneinheitlichkeit bei den Gerichtsentscheidungen und den Verordnungen der Landesregierungen bei dem Verbot, Einzelhandelsgeschäfte mit einer Verkaufsfläche mit mehr als 800 m ² zu öffnen	115
6	Verfassungsgerichtliche Entscheidungen zu den ersten ‚Lockerungen‘ von Freiheitsbeschränkungen nach Beschluss von Bund und Ländern	117
6.1	BVerfG-Beschluss zur Verfassungsbeschwerde gegen Lockerungen der ‚Corona-Maßnahmen‘	118
6.2	BVerfG-Beschluss zur Verfassungsbeschwerde für weitergehende Lockerungen der ‚Corona-Maßnahmen‘ für Menschen unter 60 Jahren	119
7	Zusammenfassung: Können die Funktionen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie der Corona-Pandemie standhalten?	120

Robert Chr. van Ooyen

	‚Schönwetterdemokratie‘? – Der Grundrechte-Shutdown im Corona-Notstand als Lackmustest des Grundgesetzes	123
--	---	------------

Robert Chr. van Ooyen

	Luxemburger Verfassungscoup – Die ‚Grundrechtscharta-Entscheidung‘ des EuGH – und ihre Karlsruher Kritik – im Spiegel richterlicher Selbstermächtigungen	131
--	---	------------

Martin H. W. Möllers

	Die Sicherungsverwahrung vor und nach der EGMR-Entscheidung	139
--	--	------------

1	Einleitung	139
2	Die Schutzfunktion des Art. 103 Abs. 2 GG	141

2.1	Die rechtsstaatlichen Garantiegehalte des Gesetzlichkeitsprinzips	142
2.2	Die tatbestandliche Tragweite des Rückwirkungsverbots	143
3	Das Rückwirkungsverbot nach Art. 7 Abs. 1 EMRK im Urteil des EGMR	145
3.1	Die tatbestandliche Tragweite des Rückwirkungsverbots nach Art. 7 EMRK	146
3.2	Die Legitimation von Freiheitsentziehungen nach Art. 5 EMRK	148
4	Abwägung zwischen ‚Täterschutz‘ und ‚Opferschutz‘	149
5	Der Kompromiss im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 4.5.2011 nach der EGMR-Entscheidung	150
6	‚Abschied vom Sicherheitswahn‘ und Zusammenfassung	152

Robert Chr. van Ooyen

	Nicht Integration, sondern Partizipation: das Ausländerwahlrecht als Menschenrecht einer liberalen Theorie des Staatsvolks	157
1	Integration und Ausländerfeindlichkeit	157
2	Bürgerschaft statt Staatsvolk	159
3	Demokratie ist nicht nationale Gleichheit, sondern gleiche politische Freiheit	162
	Literatur	165

Robert Chr. van Ooyen

	Völkerrechtlicher Paradigmenwechsel und staatliche Souveränität: Wie verbindlich sind die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte?	167
1	Völkerrecht und Landesrecht	167
2	Völkerrecht und Grundgesetz	170
3	Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	170
4	Völkerrechtlicher Paradigmenwechsel im Bereich des ‚neuen‘ EGMR	173
5	Etatistischer Souveränitätsvorbehalt des Bundesverfassungsgerichts	176

Martin H. W. Möllers

Die Versammlungsfreiheit vor Gericht: aktuelle Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zwischen Bürgerfreiheit und Staatsräson	179
1 Einleitung	179
2 Der Wunsiedel-Beschluss vom 4. November 2009	181
3 Der Bielefeld-Beschluss vom 12. Mai 2010	186
4 Das Fraport-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Februar 2011	189
4.1 Leitsatz 1: Erweiterung der unmittelbaren Grundrechtsbindung auf gemischtwirtschaftliche Unternehmen in Privatrechtsform	190
4.2 Leitsatz 2: Einschränkungen der Versammlungsfreiheit in Abfertigungshallen von Flughafengebäuden	194
4.3 Keine Begrenzung des Schutzbereichs der Meinungsfreiheit auf öffentliche, der Kommunikation dienende Foren	195
4.4 Prognosen aus dem Urteil	197
5 Die Entscheidungen des BVerfG zur Versammlungsfreiheit zwischen Bürgerfreiheit und Staatsräson	199

Robert Chr. van Ooyen

Staatliche, quasi-staatliche und nichtstaatliche Verfolgung? Hegels und Hobbes' Begriff des Politischen in den Asyl-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	203
1 Politische Verfolgung – nicht staatliche Verfolgung	203
2 Politische ist staatliche Verfolgung: Die ‚Tamilen-Entscheidung‘	204
3 Rezeption der ‚Staatstheologie‘ von Hegel und Hobbes	206
4 Staat als ‚ursprüngliche Herrschermacht‘ bei Jellinek	210
5 Quasi-staatliche Verfolgung? Der ‚Afghanistan-Beschluss‘	213

Martin H. W. Möllers

Die Unantastbarkeit der Menschenwürde oder kein Leben gegen Leben: Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ‚Luftsicherheitsgesetz‘	219
1 Einleitung zur Unantastbarkeit der Menschenwürde in Grundgesetzkommentierungen	219

2	Die Überprüfung der Neuregelung des Luftsicherheitsgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht	222
2.1	Das Urteil zur Neuregelung des Luftsicherheitsgesetzes	223
2.2	Die Abweichung des Bundesverfassungsgerichts zur alten ‚Schleyer-Entscheidung‘ von 1977	224
3	Die Quintessenz aus der Entscheidung zur Neuregelung des Luftsicherheitsgesetzes	226

Martin H. W. Möllers

Die Bedeutung der Menschenwürde und Menschenrechte bei der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Großen Lauschangriff **227**

1	Einleitung zur immer bedrohlicher erscheinenden weltweiten Sicherheitslage	227
2	Zum Verhältnis von Menschenwürde und ‚Lauschangriff‘ in Rechtsprechung und Lehre	229
2.1	Menschenwürde und Abhörmaßnahmen in Entscheidungen des BVerfG	229
2.2	Menschenwürde und Abhörmaßnahmen in der politischen Diskussion bis zur Gesetzesänderung	232
3	Die Entscheidung des BVerfG zum ‚Großen Lauschangriff‘	234
4	Quintessenz aus der Entscheidung des BVerfG zum ‚Großen Lauschangriff‘	238

Robert Chr. van Ooyen

(K)ein Kopftuch für Polizistinnen? Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus pluralismustheoretischer Sicht **241**

1	Fraenkels Neo-Pluralismus	243
2	‚Kopftuch-Entscheidung‘ und Polizeiuniform	246
2.1	Hintergrund der ‚Kopftuch-Entscheidung‘	246
2.2	Mehr pluralistische Demokratie im öffentlichen Dienst wagen?	248
2.3	Schlussfolgerungen für die Polizei	250

Martin H. W. Möllers

„all cops are bastards“: Beleidigung oder Meinungsfreiheit? – Zum Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats des BVerfG vom 17.5.2016	253
1 Ausgangssachverhalte	253
2 Fragestellung und Lösung der Fachgerichte	254
3 Beschlussbegründung des Bundesverfassungsgerichts	257
4 Kritische Anmerkungen	261

Martin H. W. Möllers

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum BKA-Gesetz – Hintergrund und Bewertung	263
1 Einleitung	263
2 Die neuen Befugnisse der Gesetzesnovelle für das Bundeskriminalamt	264
3 Gründe für den Anlass zu den Verfassungsbeschwerden	267
4 Ergebnis des Urteils des Bundesverfassungsgerichts	268
5 Bewertung des Urteils	271

Dokumentation

Commissioner For Human Rights

Stellungnahme des Menschenrechtskommissars des Europarates zur unabhängigen und effektiven Untersuchung von Beschwerden gegen die Polizei vom 12. März 2009	277
Inhalt	277
Danksagung	277
Zusammenfassung	278
Einführung	280
1. Definitionen	281
2. Erfüllung polizeilicher Aufgaben – Allgemeine Grundsätze	283
3. Aufgabe und Beschaffenheit des Polizeibeswerdesystems	284
4. Unabhängige Polizeibeswerdestelle	286

5. Arbeitsweise des Polizei-Beschwerdesystems	290
6.1 Sichtbarkeit und Zugänglichkeit	290
6.2 Meldung, Erfassung und Zuweisung von Beschwerden	292
6.3 Vermittlungsprozess	293
6.4 Untersuchungsprozess	294
Unabhängigkeit	295
Angemessenheit	296
Unverzüglichkeit	297
Öffentliche Überprüfung	298
Einbeziehung des Opfers	299
6.5 Beilegung von Beschwerden und Nachprüfung	300
Literatur	303
Hinweise zu den Autoren	305